

Sachdokumentation:

Signatur: DS 2306

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/2306



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



POSITIONSPAPIER

LIBERALE HOCHSCHULFINANZIERUNG

1. Einleitung

Bildung spielt in einer freien und modernen Gesellschaft eine wichtige Rolle. Die Möglichkeit, sich frei zu bilden, trägt wesentlich zur freien Entfaltung von Individuen bei. Freiheit der Bildung bedeutet für up! jedoch die Abwesenheit von staatlicher Einflussnahme auf Bildung und Forschung, nicht die Abwesenheit von Kosten für den Bildungsempfänger, wie sie die Schweizer Bildungspolitik derzeit propagiert. Die entsprechenden Kosten fallen dann nämlich schlicht bei anderen Personen an, was eine kollektive Zwangsfinanzierung voraussetzt.

Zwangsumverteilung und Subventionierung verletzen nicht nur das Eigentumsrecht der Finanzierenden, sondern haben auch verschiedene ineffiziente Nebenwirkungen, die in Teil 1 behandelt werden. In Teil 2 präsentieren wir zwei Reformvorschläge, wie Studienfinanzierung marktwirtschaftlicher funktionieren könnte.

TEIL 1: PROBLEME DER STUDIENSUBVENTIONIERUNG

1. Überlastung der Hochschulen

"Bildung und Forschung" ist der am schnellsten wachsende Ausgabenposten in den öffentlichen Finanzen auf Bundesebene: Seit 2004 sind die Ausgaben des Bundes in diesem Bereich um 82.2% gestiegen¹. Diese Ausgaben dienen u. a. der Förderung der Hochschulen in der Schweiz, insbesondere der Eidgenössischen Technischen Hochschulen in Zürich und Lausanne. Auch die Kantone, denen die Finanzierung der meisten Hochschulen primär unterliegt, kämpfen häufig mit rapide steigenden Bildungsausgaben.

Dennoch: Die Ausgaben pro Student stagnieren in der Schweiz. An der Universität St. Gallen sanken die Beiträge der öffentlichen Hand pro Student von etwa 17'000 Fr. (2005) auf etwa 15'000 Fr. (2011)². Das hängt zusammen mit einer richtiggehenden Explosion der Studierendenzahlen an Fachhochschulen und Universitäten: Studierten im Jahr 2000

¹ Vimentis, Bundesbudget 2014, <http://bit.ly/1P9UNze>

² Kurt Weigelt, Erst studieren, dann zahlen, IHK-Schriftenreihe, 2011, <http://bit.ly/1C5tRGQ>

noch rund 25'000 Personen an einer Fachhochschule, waren es im Jahr 2014 bereits 90'000 Personen. An universitären Hochschulen stiegen die Studierendenzahlen im selben Zeitraum von knapp 100'000 auf über 140'000 Personen³.

Dies liegt einerseits sicher an einer echten volkswirtschaftlichen Steigerung des Bedarfs an gewissen Ausbildungen. Andererseits ist die Aufblähung der Studierendenzahlen auch der künstlichen Verbilligung von Studien geschuldet, sodass Personen zu einem Studium verleitet werden, das sich unter Berücksichtigung aller Kosten nicht auszahlt (siehe 1.2.). Fest steht jedoch, dass in beiden Fällen die Entkopplung von Inanspruchnahme und Finanzierung eines Studiums Probleme hervorruft, unter denen die Studienqualität für alle zu leiden hat. Dazu sei insbesondere die Überlastung der universitären Infrastruktur erwähnt, die sich in überfüllten Hörsälen und hohen Durchfallquoten bei Prüfungen nach dem ersten Studienjahr ausdrückt.

2. Individuen nehmen Studien in Angriff, deren Abschlüsse nicht gefragt sind

Den Bildungskosten steht ein Bildungsertrag gegenüber, sodass die Studienwahl eine klassische Investitionsentscheidung ist. Die Bildungsrendite orientiert sich an der Nachfrage nach gewissen Qualifikationen am Arbeitsmarkt und dem Angebot an Arbeitstätigen mit dieser Qualifikation. Ist eine Qualifikation auf dem Arbeitsmarkt gefragt und selten, so drückt sich das in einer hohen Bildungsrendite aus, die viele Individuen dazu motiviert, sich mittels eines Studiums die entsprechende Qualifikation anzueignen. Da der umgekehrte Effekt auch für wenig gefragte Qualifikationen gilt, bringt dieser Mechanismus die Studienwahl mit dem gesamtwirtschaftlichem Bedarf an Qualifikationen in Einklang.

Werden die Bildungskosten jedoch künstlich gesenkt und die Bildungsrendite damit künstlich erhöht, führt das dazu, dass Personen sich Qualifikationen aneignen, die auf dem Arbeitsmarkt nicht gefragt sind, und Studienrichtungen ausschlagen, nach denen ein höherer Bedarf bestehen würde. Rund ein Viertel der Studienabgänger zwischen 25 und 29 sind nicht ausbildungsadäquat beschäftigt, haben also Studien absolviert, deren Kosten ihre Produktivität am Arbeitsort eigentlich nicht rechtfertigt und die sich unter Marktbedingungen darum nicht auszahlen würden⁴.

Studiensubventionen führen jedoch nicht nur dazu, dass Studienabsolventen später Berufe ausüben, die sie auch auf nicht-universitärem Weg hätten erreichen können. Sie führen auch dazu, dass Studienrichtungen gewählt werden, die kaum auf Nachfrage stossen (z. B. Geisteswissenschaften), während für andere Qualifikationen eine wesentlich höhere Nachfrage bestehen würde (z. B. Technik- und Naturwissenschaften). So wächst auch die Anzahl Studierender im Bereich Geistes- und Sozialwissenschaften wesentlich schneller als jene im Bereich der Technik- und Naturwissenschaften⁵. Verschwenderisch hohe Kosten für überqualifizierende Studien auf der einen Seite und Fachkräftemangel auf der anderen Seite sind die Folgen.

³ BfS, 2014, <http://bit.ly/1FcaZYz>

⁴ K. W., ebenda

⁵ K. W., ebenda (Diese Anreizproblematik wird zusätzlich dadurch verstärkt, dass Studierende der Geistes- und Sozialwissenschaften nicht nur subventioniert werden, sondern auch von einer künstlich aufgeblähten Nachfrage durch die dauernd wachsende Verwaltung profitieren)

3. Individuen gehen bei ihrer Studienwahl unüberlegt vor

Studiensubventionen verleiten viele junge Menschen dazu, Studien in Angriff zu nehmen, die sich als ungeeignet für sie entpuppen. Das zeigt sich darin, dass rund 30% der Studierenden im Tertiärbereich ihr Studium ohne Abschluss abbrechen⁶. Solche Studierende verursachen nicht nur hohe Kosten ohne echten Gegenwert, sondern tragen auch nicht unwesentlich zur Überlastung universitärer Infrastrukturen bei. Das sind Kosten, die sich durch eine sorgfältige Abklärung vor Studienbeginn massiv reduzieren liessen. Es ist anzunehmen, dass solche Überlegungen vermehrt gemacht würden, wenn die Studienwahl vermehrt den Charakter einer Investitionsentscheidung annehmen würde.

4. Staatliche Verdrängung von privaten Bildungsangeboten

Staatliche und private Bildungsanbieter kämpfen mit ungleichen Spiessen, da staatliche Institutionen Studien zu subventionierten Preisen anbieten können. So können private Anbieter verdrängt werden, was zu einer schleichenden Staatsmonopolisierung der Bildung führt. Das lähmt den Wettbewerb und ist einer freien Gesellschaft unwürdig ist.

5. Umverteilung von unten nach oben

Fast die Hälfte der Studierenden auf Hochschulstufe haben mindestens einen Elternteil, der ebenfalls eine Ausbildung auf Tertiärstufe absolviert hat⁷. Das zeigt: Trotz massiver Subventionierung von Studien bleiben Hochschulen eine elitäre Angelegenheit. Da die Kosten der Hochschulen jedoch von der ganzen Bevölkerung getragen werden, entsteht der Eindruck, dass hier eine Umverteilung von unten nach oben stattfindet. Dieser Eindruck verfestigt sich noch angesichts der Tatsache, dass im Durchschnitt Absolventen eines Studiums später 59% mehr verdienen als Personen, die kein Studium absolviert haben⁸. Studiensubventionen helfen also vielen Personen aus gutem Haushalt, noch reicher zu werden – auf Kosten aller Steuerzahler. Es ist also verfehlte Giesskannen-Politik, in erster Konsequenz Studien zu subventionieren. Viel eher müsste die Politik sich auf jene fokussieren, die trotz Begabung nicht in der Lage sind, die Kosten eines Studiums zu tragen.

⁶ K.W., ebenda

⁷ BfS, 2011, <http://bit.ly/1C5qxeN>

⁸ OECD, Education at a Glance 2014, What are the earning advantages from education?, <http://dx.doi.org/10.1787/888933116053>

TEIL 2: REFORMVORSCHLÄGE FÜR EINE LIBERALERE STUDIENFINANZIERUNG

up! stellt zwei Varianten vor, wie das derzeitige staatslastige Modell der Hochschulfinanzierung in eine marktwirtschaftliche Richtung reformiert geändert werden könnte.

Variante Light: Nachlaufende Studiengebühr

Dr. Kurt Weigelt präsentiert in seiner Schrift "Erst studieren, dann zahlen"⁹ das Modell einer "nachlaufenden Studiengebühr". Der Vorschlag legt den Fokus auf die Entflechtung der Finanzierungsströme sowie eine benutzergerechte Finanzierung in der Hochschulpolitik. Dem Studierenden werden dabei die Kosten seines Studiums vollumfänglich in Rechnung gestellt. Allerdings wird dieser Betrag nach Ende des Studiums über die Verdopplung der direkten Bundessteuer ("Hochschulabgabe") abbezahlt. Diese Abgabe fließt in einen nationalen Fonds zur Finanzierung der Hochschulen. Sind die Kosten des Studiums abbezahlt (nach Berechnungen im Durchschnitt 115'000 Franken), so erlischt die Hochschulabgabe.

Eine solche Kausalabgabe würde das Verursacherprinzip wesentlich besser respektieren als das heutige Modell. Der Vorschlag löst das oben erwähnte Problem der mangelnden Arbeitsmarktorientierung bei der Studienwahl aber nur bedingt, da überqualifizierte Absolventen in mittelmässig bezahlten Berufen kaum von der Hochschulabgabe erfasst würden, da diese über die Bundessteuer abgewickelt wird. Zusätzlich ergeben sich Schwierigkeiten mit Auswanderern. Nach wie vor würde der Staat eine grosse Rolle in der Hochschulfinanzierung spielen, was Potenzial für allerlei verzerrende Missbräuche birgt.

Variante Full: Komplette Liberalisierung der Hochschulfinanzierung

up! schlägt vor, dass sämtliche Studiensubventionen entfallen, um Kostenwahrheit in der Studienfinanzierung zu schaffen und die verschiedenen Fehlanreize und Verzerrungen zu beseitigen. Universitäten und Fachhochschulen verrechnen den Studienabsolventen also die ganzen Kosten des Studiums. Personen, die diese Kosten nicht tragen können, haben dann die Möglichkeit, einen Studienkredit aufzunehmen (Human Capital Contract) oder sich um ein Stipendium zu bewerben¹⁰. Mit einem solchen System erhielte die Studienwahl ihren Investitionscharakter zurück, was die oben beschriebenen Problemfelder entschärft.

Falsch ist der Einwurf, dass ein solches Modell der Studienfinanzierung Personen aus einkommensschwachen Familien benachteiligen würde. Für den Studienkreditgeber ist primär die Leistungsfähigkeit des Kreditnehmers relevant (also ob er mit einer Rückzahlung rechnen kann), nicht der finanzielle Hintergrund des Kreditnehmers.

⁹ K. W., ebenda

¹⁰ Private Stipendien und Studienkredite sind bereits im Kanton Luzern zugelassen, vgl. neues Stipendiengesetz 2014

Ausserdem stellen Personen aus finanzschwachen Verhältnissen nach wie vor eine Minderheit an Universitäten dar.

Häufig wird die USA mit ihren hohen Studienkosten angeführt als abschreckendes Beispiel für marktwirtschaftliche Studiengebühren. Tatsächlich ist genau das Gegenteil wahr: Die hohen amerikanischen Studiengebühren sind grösstenteils auf Studiensubventionen zurückzuführen. Mit total 133.8 Milliarden Dollar subventionierte der amerikanische Staat im Jahr 2014 verschiedenste Bildungsangebote¹¹. Wird die Nachfrage nach höherer Bildung künstlich angeheizt, so können amerikanische Universitäten ihre Studiengebühren entsprechend erhöhen, müssen es vielleicht sogar, um ihre Infrastruktur vor Überlastung zu schützen. Dieser Effekt ist sowohl theoretisch als auch empirisch gut belegt¹². In einem unverfälschten Markt wäre diese Kostenentwicklung wohl weit moderater.

¹¹ Federal Student Aid Annual Report 2014, <http://1.usa.gov/1NTWijw>

¹² Gary Wolfram, Making College More Expensive: The Unintended Consequences of Federal Tuition Aid, National Center for Policy Analysis, 2005, <http://bit.ly/1lh4Gt2>